Tageszeitung
DIE NEUE SÜDTIROLER

Tiratura: 15.000 | **Diffusione:** 203.000
Data: 07/01/2026 | **Pagina:** 1
Categoria: Svp

SEITEN **2-3**

Wer hat Angst vorm starken Mann?

Im Landtag formiert sich eine **breite Allianz für die Direktwahl des Landeshauptmanns**. Die Grünen schlagen Alarm, die SVP träumt vom Mehrheitsbonus – und Fratelli d'Italia steckt in einer heiklen Zwickmühle.

Ritaglio ad uso esclusivo del destinatario, è vietata la riproduzione e la distribuzione.

DIE NEUE SÜDTIROLER Tageszeitung

Tiratura: 15.000 | **Diffusione:** 203.000
Data: 07/01/2026 | **Pagina:** 1
Categoria: Svp

Wer hat Angst vorm starken Mann?

Im **Landtag** formiert sich eine breite Allianz für die **Direktwahl des Landeshauptmanns**. Die Grünen schlagen Alarm, die SVP träumt vom **Mehrheitsbonus** – und Fratelli d'Italia steckt in einer heiklen Zwickmühle.

von Matthias Kofler

Während Giorgia Meloni in Rom an einer Wahlreform mit Direktwahl der Ministerpräsidentin arbeitet, flammt dieselbe Debatte auch in Südtirol neu auf – mit völlig anderen Vorzeichen. Hierzulande rüttelt nicht die Regierung am politischen Tabu, sondern die Opposition. Und sie bringt ausgerechnet Fratelli d'Italia in Verlegenheit.

Eigentlich müsste die Partei der Ministerpräsidentin auch im Bozner Landtag für die Direktwahl des Landeshauptmanns trommeln. Tut sie aber nicht. Fraktionsvorsitzende Anna Scarafoni wollte sich auf Nachfrage der **Tageszeitung** nicht äußern.

Der Grund liegt auf der Hand: Fratelli d'Italia ist in Südtirol Koalitionspartner der SVP – und diese lehnte bislang jede Änderung am LH-Wahlmodus strikt ab. Ein offener Vorstoß würde den Koalitionsfrieden gefährden. Also Schweigen.

Den Anstoß zur Debatte liefert einmal mehr Andreas Leiter Reber. Statt über Hundehäufchen und „Stoanerne Mandeln" zu diskutieren, will der Abgeordnete der Freien Fraktion über Grundsätzliches reden: über Mitsprache, Macht und Demokratie in Südtirol. Er kündigt ein Volksbegehren an, für das 8.000 Unterschriften gesammelt werden sollen, um einen Gesetzentwurf zur Direktwahl des Landeshauptmanns in den Landtag einzubringen.

Ganz neu ist dieses Instrument nicht. Bereits der damalige BürgerUnion-Frontmann Andreas Pöder hatte mit einem Volksbegehren – gegen die Impfpflicht für Kinder – rund 15.000 Unterschriften gesammelt. Die SVP-Mehrheit lehnte den Entwurf dennoch ab, Pöder verpasste 2018 den Wiedereinzug in den Landtag.

Wie reagieren die Parteien diesmal auf den neuen Vorstoß? Wer sieht in der Direktwahl einen demokratischen Fortschritt – und wer einen gefährlichen Umbau der Machtverhältnisse? Die **Tageszeitung** hat sich im Landtag umgehört und ein Stimmungsbild eingefangen.

Brigitte Foppa **(Grüne):**

Ich wundere mich über diese doch sehr schräge Vorgehensweise. Als Abgeordneter hätte Kollege Leiter Reber jederzeit die Möglichkeit, einen Gesetzentwurf direkt im Landtag einzubringen – so wie es

auch 8.000 Bürgerinnen und Bürger über ein Volksbegehren können. Partizipation finde ich grundsätzlich gut, daran habe ich nichts auszusetzen.

Inhaltlich kann ich diesen Vorstoß jedoch nicht unterstützen. Die Direktwahl des Landeshauptmannes ist eine alte Forderung der Freiheitlichen. Wir Grünen hingegen halten die Wahl des Landeshauptmannes durch das Landesparlament für einen sehr demokratischen und gut abgesicherten Modus. Er verhindert die Konzentration von Macht auf eine einzelne Person.

Anstatt einen „starken Mann" an die Spitze zu stellen, ist es besser, Verantwortung auf viele Schultern zu verteilen. Der Landtag spricht dem Landeshauptmann sein Vertrauen aus – und kann es ihm auch wieder entziehen. Er kann einen neuen Landeshauptmann wählen, etwa wenn dieser zurücktritt oder stirbt. Bei einer Direktwahl wären hingegen automatisch Neuwahlen die Folge.

Dass Giorgia Meloni auf die Direktwahl setzt, um ihre Macht abzusichern, ist mir äußerst suspekt. Es zeigt, wie zerbrechlich ein solches System ist. Empirische Studien belegen zudem, dass in Gemeinden mit direkt gewählten Bürgermeistern der Flächenverbrauch deutlich gestiegen ist – weil Bürgermeister in einem Abhängigkeitsverhältnis zu ihren Wählerinnen und Wählern stehen und mit großer Machtfülle ausgestattet sind.

Die Wahl über das Parlament garantiert hingegen eine gute Repräsentation über den Landtag: Der Wählerwille ist klar verortet, transparent nachvollziehbar – und letztlich genauso demokratisch.

Paul Köllensperger **(Team K):**

Ich halte die Direktwahl des Landeshauptmannes für ein durchaus stimmiges Modell. Sie würde Wahlen für die BürgerInnen attraktiver machen und das System beleben. Die Direktwahl der Bürgermeister hat gezeigt, dass dieses

Ritaglio ad uso esclusivo del destinatario, è vietata la riproduzione e la distribuzione.

DIE NEUE SÜDTIROLER Tageszeitung

Tiratura: 15.000 | **Diffusione:** 203.000
Data: 07/01/2026 | **Pagina:** 1
Categoria: Svp

Südtiroler Landtag: Opposition will 8.000 Unterschriften für Volksbegehren sammeln

Modell gut ankommt und die politische Beteiligung stärkt.
Dass die Direktwahl über ein Volksbegehren angestoßen wird, eröffnet den BürgerInnen zudem die Möglichkeit, sich aktiv am politischen Prozess zu beteiligen. Gerade weil es immer problematisch ist, wenn Politiker an den Spielregeln arbeiten, halte ich diesen Weg für richtig. Die 8.000 Unterschrif-

ten werden wir auch sammeln. Wenn sie erreicht werden, ist das die Königsdisziplin – auch wenn wir den Gesetzentwurf danach ebenso als Abgeordnete in den Landtag einbringen könnten.
Ich bin überzeugt, dass es im Landtag eine breite Zahl von Befürwortern geben wird. Auch Landesrätin Ulli Mair dürfte die Direktwahl unterstützen – sofern sie in dieser Frage kohärent bleibt, was sie bislang immer bewiesen hat. Sie sagt selbst offen, dass sie sich als Regierungsmitglied oft verbiegen muss, aber bei grundlegenden demokratischen Fragen halte ich sie für konsequent.
Die SVP wird sich hingegen wehren, weil ihr die Direktwahl nicht entgegenkommt. Als Partei der

„Damit die Direktwahl den unverfälschten Willen der Wähler widerspiegelt, muss eine umfassende und objektive Berichterstattung der Medien gewährleistet sein."
Renate Holzeisen

relativen Mehrheit geht sie davon aus, weiterhin den Landeshauptmann stellen zu können – trotz eines spürbaren Nachwuchsproblems. Nach dem Abtritt von Landeshauptmann Arno Kompatscher hätte die SVP zwar keinen Amtsbonus mehr, verfügt aber über genügend andere Bonusse: Sie stellt den Großteil der Bürgermeister im Land, die ihr Gesicht für sie herhalten, und ist tief im Territorium verankert. So hofft sie, an der Macht bleiben zu können, ohne die grundlegenden Probleme des Landes wirklich angehen zu müssen.

Harald Stauder
(SVP):

Eine Direktwahl des Landeshauptmannes empfinde ich für Südtirol nicht sinnvoll. Oberflächlich und auf den ersten Blick betrachtet, mag so ein System einen bestimmten Reiz haben, doch ist es, wenn man sich genauer damit beschäftigt, in einen Land mit mehreren Sprachgruppen eher gefährlich.
Der Landeshauptmann wird heute aus der Mitte des Landtages von dessen Mehrheit gewählt. Diese Mehrheit setzt sich aus allen drei Sprachgruppen zusammen, welche er dann auch vertritt. Bei einer Direktwahl würde diese de-facto-Notwendigkeit, dass alle drei Sprachgruppen hinter ihm stehen müssen, wegfallen. In der Politikwissenschaft wird die Direktwahl in Minderheitengebieten genau aus diesem Grund sehr kritisch bewertet.
Eine mögliche Polarisierung im Wahlkampf durch das Einnehmen

von extremen Positionen und das Wahlkampf machen „gegen" eine andere Gruppe, wie wir es bereits in Ansätzen erlebt haben, würde ins Extreme gesteigert. Der Verlierer hat sofort die Möglichkeit, sich als Opfer und als eigentlicher Gewinner darzustellen, denn der Sieger hat nur gewonnen, weil die „anderen", also nicht die „Unseren", ihn gewählt haben usw. In Minderheitengebieten hochgefährlich.
Der Verweis, dass es so etwas bereits in den größeren Gemeinden Südtirols gäbe, ist zu kurz gedacht. In den großen Gemeinden ist eine Stichwahl vorgesehen, wenn es im ersten Wahlgang keine absolute Mehrheit gibt. Will man so etwas wirklich auf Landeebene?
Dass wir am derzeitigen Wahlsystem und an der Geschäftsordnung etwas ändern müssen, um die Handlungsfähigkeit und die Effizienz zu erhalten, steht außer Frage, doch nicht durch solch politische Schnellschüsse, die sich beim genauen Hinsehen als Rohrkrepierer herausstellen.
Die Vorschläge werden im Jahr 2026 im Plenum behandelt werden, dann werden wir sehen, wer wirklich Interesse an Reformen hat.

Sven Knoll
(Süd-Tiroler Freiheit):

Der Kollege Leiter Reber greift eine wiederholt vorgebrachte Initiative der Süd-Tiroler Freiheit zur Direktwahl des Landeshauptmannes auf, die wir auch in der letzten Legislaturperiode mit einem eige-

nen Beschlussantrag in den Landtag gebracht haben. Insofern wird diese – unsere eigene Forderung – natürlich unterstützt.
Wo man allerdings sehr aufpassen muss, ist die Absicht der SVP, für sich selbst einen Mehrheitsbonus zu basteln. Bei der Behandlung unseres Beschlussantrages zur Direktwahl des Landeshaptmannes hat die SVP unumwunden zugegeben, dass sie diesen mit einen Bonus für die Mehrheit verbinden möchte. Das heißt, die SVP möchte sich ein Wahlgesetz basteln, welches ihr bei Stimmenverlusten mehr Mandate sichert. Das ist absolut anitdemokratisch und wäre eine Entmündigung der Wähler. So eine Beugung des Wahlrechts zugunsten der SVP wird keinesfalls unsere Zustimmung finden.

Sandro Repetto
(PD):

Der PD hat diesen Vorschlag bisher noch nicht behandelt. Persönlich könnte ich mir das Modell vorstellen, allerdings nur, wenn es im ersten Wahlgang keine Koalitionen gibt. Das heißt: Der Landeshauptmann wäre von der Parteienwahl entkoppelt, die weiterhin proportional erfolgen und – wie von meh-

reren Gerichtsurteilen vorgesehen – alle Sprachgruppen repräsentieren müsste. Die WählerInnen hätten somit zwei Stimmzettel. Es gäbe weder einen Mehrheitsbonus noch eine Sperrklausel.

Renate Holzeisen
(Vita):

Damit die Direktwahl, als ein Instrument der direkten Demokratie, den unverfälschten Willen der Wähler widerspiegelt, muss – wie bei allen Formen der Direkten Demokratie – eine umfassende und objektive Berichterstattung über die Kandidaten von Seiten der Medien gewährleistet sein. Wobei diese objektive und umfassende Berichterstattung für alle Medien, die in den

„Dass wir am Wahlsystem etwas ändern müssen, um die Handlungsfähigkeit zu erhalten, steht außer Frage, doch nicht durch solche Rohrkrepierer."
Harald Stauder

Genuss öffentlicher, sprich mit Steuergeld der Bürger finanzierte, Mittel kommen, Pflicht sein muss.
Um dies zu garantieren, habe ich eine Gesetzesvorlage im Landtag eingebracht, die von der Ersten Gesetgebungskommission im Dezember genehmigt wurde.
Unter der Voraussetzung dieser Informationspflicht, kann ich dem Vorschlag einer Direktwahl durchaus Positives abgewinnen.

Ritaglio ad uso esclusivo del destinatario, è vietata la riproduzione e la distribuzione.